

FNG-WAHLPRÜFSTEINE ZUR NATIONALRATSWAHL 2013



© Parlamentsdirektion/Peter Korrak

Das Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG) hat zusammen mit der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) den sieben österreichischen Parteien ÖVP, SPÖ, FPÖ, den Grünen, dem BZÖ, den NEOS und dem Team Stronach im Vorfeld zur Nationalratswahl am 29. September 2013 insgesamt 15 Fragen zu Nachhaltigen Geldanlagen und einer nachhaltigen Finanzindustrie gestellt. Dabei ging es um die Bereiche Nachhaltigkeit und Finanzmarkt, Transparenz und Berichterstattung, Bewußtseinsbildung und Ausbildung sowie Nachhaltigkeit und Öffentliche Hand. Alle Parteien haben die Wahlprüfsteine beantwortet. Die **ÖVP und das Team Stronach** haben jeweils kompakte Antworten vorgelegt, die sich den einzelnen Fragen nicht direkt zuordnen lassen und deshalb **am Ende dieses Dokuments zu finden sind**.

ALLGEMEIN NACHHALTIGKEIT IM FINANZMARKT

1. WELCHE BEDEUTUNG KOMMT IHRES ERACHTENS NACH DEM FINANZSEKTOR ZU, UM NACHHALTIGKEIT ALLGEMEIN ZU FÖRDERN? WELCHE MAßNAHMEN PLANEN SIE, UM NACHHALTIGKEIT SPEZIELL IM BEREICH DES FINANZMARKTES ZU VERANKERN?



Nachhaltigkeit nimmt im Finanzsektor zwei Bedeutungen ein. Zum einen geht es darum, daß Forschung und Innovation etwa im Bereich Energie- und Ressourceneffizienz eine Finanzierungsgrundlage brauchen. Der Finanzsektor hat die Aufgabe, diese entsprechend bereitzustellen, um die kommenden Herausforderungen im Bereich der erneuerbaren Energie zu bewältigen.

Nachhaltige Entwicklung heißt aber auch, Blasen im Finanzsektor und damit Krisen zu verhindern. Hier konnte die österreichische Bundesregierung unter SPÖ-Führung in den letzten Jahren zwar viel umsetzen (Regulierung von HedgefondsmanagerInnen, Bankeninsolvenzrecht, ...), es liegen aber noch einige Aufgaben vor uns, um einen krisenfesten Finanzmarkt, der wieder im Dienst der Realwirtschaft steht, zu gewährleisten.



Da dem Finanzsektor eine hohe Bedeutung bei der Förderung von Nachhaltigkeit in allen

Bereichen zukommt, sind Maßnahmen zur Stärkung nachhaltiger Finanzprodukte sowohl für private als auch staatlich und andere institutionelle Anleger besonders wichtig. Durch die Förderung von Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Finanzprodukte sollen für den heimischen Anleger entsprechende Anreize geschaffen werden, in nachhaltige Finanzprodukte zu investieren.



Gesellschaftlich verantwortliches Handeln von Unternehmen ist eine wichtige Basis für den sozialen und ökonomischen Fortschritt im Inland wie auch im Ausland. Dies ist insbesondere wichtig, wenn Unternehmen in Ländern tätig sind, die keine oder nur geringe Umwelt- und Sozialgesetzgebung haben aber auch dort, wo bei Vorhandensein guter Gesetze große Schwächen in der Umsetzung vorhanden sind. Die Grünen wollen daher Nachhaltigkeit in allen Bereichen stärken. Das geht von der Neuverhandlung von Investitionsschutzabkommen bis zu einer Reform des Kapitalmarktgesetzes.



Da sich die Wirtschaft nur durch ein funktionierendes Finanzsystem entwickelt und wächst, kommt dem Finanzsektor naturgemäß ein hoher Stellenwert zu. Daß dabei Fragen der Nachhaltigkeit zunehmend an Bedeutung gewinnen, ist eine Entwicklung, die wir sehr begrüßen. Die öffentliche Auseinandersetzung stellt auch sicher, daß Nachhaltigkeit im Bereich des Finanzmarkts verankert wird.



Der Finanzsektor ist in der jüngeren Vergangenheit besonders stark in der Kritik gestanden wegen seines von der Wirtschaft losgelösten Eigenlebens, damit verbundener übertriebenen Gehalts- und Bonuszahlungen sowie hoher Risiken, die die Banken zu Lasten der Kunden und Steuerzahler eingegangen sind. Um so mehr muß der Finanzsektor auf seine dienende Funktion und auf einfachere Geschäftsmodelle zurückgeführt werden. Wir sind daher für eine Trennung der Eigenhandelsaktivitäten vom Einlagen- und Kreditgeschäft. Wir können auch einer Finanztransaktionssteuer etwas abgewinnen, solange sie auf Devisen, Derivate und OTC-Geschäfte geht, nicht jedoch für Käufe und Verkäufe von Wertpapieren über die Börse. Weiters wollen wir auf europäischer Ebene dafür einzutreten, vom Kurzfristdenken wegzukommen, indem das nun vorherrschende „mark to market-Prinzip“ für langfristige Anleger wieder durch das gemilderte Niederstwertprinzip ersetzt wird. Wir sind auch für ein Verbot von Spekulationen im Lebensmittel- und Agrarbereich zu haben.

2. WELCHE BEDEUTUNG UND WELCHE MÖGLICHKEITEN HAT DER FINANZMARKT IHRER EINSCHÄTZUNG NACH ZUR FINANZIERUNG DER ENERGIEWENDE?



Die Finanzierung der Energiewende ist ein gutes Beispiel dafür wie wichtig ein Finanzsektor ist, der vorrangig der Entwicklung der Realwirtschaft dient. Die Besonderheit der Energiewende ist, daß sie zu einem großen Teil aus umfangreichen Infrastrukturprojekten (Netze) besteht, die kapitalintensiv sind und vor allem langfristig finanziert werden müssen. In den letzten Monaten gab es eine umfassende Debatte um die Frage, welche Anlageformen für BürgerInnen attraktiv sind. Dabei hat sich herausgestellt, daß es ein starkes Bedürfnis gibt in sinnvolle Projekte zu investieren. Das breite Interesse an dem BürgerInnensolarkraftwerk in Wien ist ein prominentes Beispiel dafür. Daß nachhaltige Geldanlagen bereits sehr attraktiv sind, zeigt ja auch der aktuelle Marktbericht des FNG, der für 2012 ein zweistelliges Prozent-Wachstum in diesem Bereich feststellt. Wichtig ist, daß hier transparent gearbeitet wird, um den AnlegerInnen die Sicherheit zu geben in die "richtige" Sache zu investieren.



Auf Grund der hohen Investitionskosten bei der Umstellung auf erneuerbare Energien kommt dem Finanzmarkt eine große Bedeutung in dieser Frage zu. Investitionen in

umweltfreundliche und erneuerbare Formen der Energiegewinnung sind zu fördern; dazu bedarf es auch entsprechender Anreize für Investoren.



Vor allem die Bürgerbeteiligungskraftwerke haben bereits gezeigt, wie wichtig die Rolle des Finanzmarktes für die Finanzierung der Energiewende ist. Wenn Bürger zusammenkommen, um lokale Energieprojekte mit Kapital zu finanzieren, dann muß das gefördert werden. Daher fordern die Grünen eine umfassende Reform des Kapitalmarktgesetzes zur Stärkung von Bürgerbeteiligungen insbesondere bei Energieprojekten.



Wie bei allen Fragen der Finanzierung großer Vorhaben wird der Finanzmarkt auch bei der Energiewende eine zentrale Rolle spielen. Gerade durch Finanzprodukte, bei denen Fragen der Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle spielen, können gezielt Geldmittel in Richtung Energiewende gelenkt werden.



Wenn mit der Energiewende gemeint ist der stärkere Ausbau nachhaltiger Energiegewinnungsmethoden, so muß ein solcher Ausbau naturgemäß finanziert werden. Eine solche Finanzierung sollte aus Sicht der Banken oder sonstiger Kapitalgeber genauso irgendwann auch rechnen. Unbeschadet dessen wird es Investoren geben, die bereit sind, sich mit niedrigen Renditen zufriedenzugeben, um alternative Energieformen zu finanzieren. Daß Banken dabei helfen sollen, entsprechende Produkte oder Fonds anzubieten, versteht sich von selbst.

3. HABEN SIE KONKRETE PLÄNE, UM NACHHALTIGE GELDANLAGEN ZU FÖRDERN?



/



Von besonderer Bedeutung für Österreich sind dabei heimische Klein – und Mittelbetriebe, die sich durch nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften auszeichnen. Unternehmen, die sich beispielsweise in den Bereichen Forschung und Innovation oder der erneuerbaren Energien engagieren, sollen auch durch erleichterten Zugang zum Finanzmarkt gefördert werden.



Die Grünen wollen eine nachhaltige Geldanlage ganz prinzipiell natürlich fördern und schlagen daher Maßnahmen zu Bewußtseinsbildung, Quotenregelungen, und Report- und Kontrollmaßnahmen vor. Im steuerlichen Bereich haben die Grünen im Rahmen ihres Zukunftskongresses eine gesetzliche Verpflichtung zu nachhaltig ethisch-ökologischen Investments für Veranlagungen in der 2. und 3. Pensionssäule sowie der Mitarbeitervorsorgekassen vorgeschlagen.



Da wir der Meinung sind, daß Nachhaltigkeit nur dann ein dauerhafter Grundwert der Gesellschaft sein kann, wenn sie nicht staatlich verordnet bzw. gesetzlich reglementiert ist, gehen wir auch davon aus, daß eine Förderung nicht notwendig ist.



Als NEOS stehen wir für Eigenverantwortung und einen hohen Stellenwert der Bildung. Ein verbesserter Bildungsstand der Bevölkerung sollte dazu führen, daß mehr und mehr Personen nachhaltig denken und anlegen. Eigene Förderungen planen wir nicht.

Ich verweise jedoch auf unser energiepolitisches Programm, das u. a. die Forderung nach einem bundesweiten energie- und klimapolitischen Grundgesetz enthält, das auf den Prinzipien einer fairen, zukunftsorientierten und klimaschonenden Energiepolitik basiert. Eine damit verbundene Diskussion würde das Bewußtsein der Bevölkerung für Nachhaltigkeit weiter anheben.

TRANSPARENZ/BERICHTERSTATTUNG

4. WELCHE WEITERENTWICKLUNG PLANEN SIE FÜR DIE NACHHALTIGKEITSBERICHTERSTATTUNG VON UNTERNEHMEN, INSBESONDERE AUCH IN BEZUG AUF EINE STÄRKERE VERGLEICHBARKEIT VON ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN KRITERIEN?



Der Finanzmarkt kann nur dann stabil und nachhaltig funktionieren, wenn Investitionen tatsächlich auf Basis transparenter Daten getätigt werden können. Dazu gehören auch soziale und ökologische Kriterien. Es besteht hier jedenfalls noch Handlungsspielraum.



Besonders die Nachvollziehbarkeit ist ein wichtiges Kriterium, um Erfüllung der unterschiedlichen Nachhaltigkeitskriterien überprüfen und vergleichen zu können; deswegen ist verstärktes Augenmerk auf die Nachvollziehbarkeit zu legen.



Die Anzahl der Nachhaltigkeitsberichte bzw. integrierten Berichte von österreichischen (Groß-)Unternehmen steigt jährlich moderat, aber konstant an. Im internationalen Vergleich sind es aber noch sehr wenige österreichische Unternehmen, die aussagekräftige Kennzahlen zur Nachhaltigkeit erfassen bzw. diese veröffentlichen. Wir Grüne verfolgen das Ziel, durch Aufklärung (im Rahmen von Energieberatungen bzw. Energieaudits) und der Aufnahme von Nachhaltigkeitskriterien im öffentlichen Beschaffungs- und Vergabewesen, Anreize für eine qualitativ hochwertige und vergleichbare Nachhaltigkeitsberichterstattung von Betrieben zu schaffen. Eine öffentliche Debatte zur Erweiterung von Berichtspflichten für größere, börsennotierte Unternehmen wäre hier durchaus wünschenswert. Aber auch kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) soll durch geförderte Energie- und Umweltberatungen der Mehrwert einer Nachhaltigkeitsberichterstattung schmackhaft gemacht werden.

Selbstverständlich braucht es auch einen aussagekräftigen, standardisierten Leitfaden, wie etwa den der Global Reporting Initiative (GRI), um aus der Berichterstattung tatsächlich auch einen Nutzen zu ziehen. Erste Schritte wie die freiwillige Selbstverpflichtung sind wichtige Signale. Auch hier ist jedoch eine Ausweitung gut vorstellbar.



Klare Regeln führen zu besserer Vergleichbarkeit. Derzeit sind die Nachhaltigkeitsberichte von Unternehmen sehr unterschiedlich, darunter leidet auch die Vergleichbarkeit. Eine definierte Struktur solcher Berichte würde die Vergleichbarkeit gewährleisten und sollte möglichst rasch geschaffen und als verbindlicher Standard eingeführt werden.



Hier sind wir für Ihre Vorschläge dankbar.

5. WELCHE ZIELE VERFOLGEN SIE HINSICHTLICH DER ERHÖHUNG DER TRANSPARENZ VON FINANZPRODUKTEN IM HINBLICK AUF NACHHALTIGKEIT - BSPW. HANDLUNGSOPTIONEN BEI DEN PRODUKTINFORMATIONSBLÄTTERN?



/



Transparenz ist für Anleger bei nachhaltigen Produkten ausschlaggebend, die Anwendung einer klaren und verständlichen Sprache ist daher von besonderer Bedeutung.



Die Grünen haben sich in den vergangenen Jahren dafür eingesetzt, das BeraterInnenwesen zu reformieren. Die Praxis zeigt, daß die Erhöhung der Transparenz in Produktinformationsblättern oder Prospekten oft weniger relevant ist, als die tatsächliche Beratung durch VermögensberaterInnen, BankberaterInnen etc. Den Wildwuchs bei

VermögensberaterInnen und die damit einhergehenden Risiken (Stichwort AMIS) konnten die Grünen gemeinsam mit den anderen Parlamentsfraktionen eindämmen. Es ist jedoch aus Sicht der Grünen unabdingbar, die Transparenz bei Finanzprodukten weiter zu erhöhen und entsprechende Schutz- und Strafbestimmungen auszubauen.



Ebenso wie für Unternehmensberichte sollten auch für die Prospekte und Produktblätter von Finanzprodukten klare Strukturen und Anforderungen im Hinblick auf Informationen betreffend die Nachhaltigkeitskriterien der jeweiligen Produkte definiert werden. Nur so kann sich der Käufer ein klares Bild machen.



Auch hier sind wir für Ihre Vorschläge dankbar.

BEWUßTSEINSBILDUNG/AUSBILDUNG

6. WELCHE MAßNAHMEN PLANEN SIE ZUR BEWUßTSEINSSTEIGERUNG FÜR NACHHALTIGKEITSASPEKTE BEI FINANZPRODUKTEN FÜR PRIVATE WIE AUCH INSTITUTIONELLE INVESTOREN?



Ein Teil des Ursachenbündels, das zur Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat, waren Mängel im Vertrieb von Finanzprodukten. Neben unzureichenden Informationen trug auch ein enormer Verkaufsdruck dazu bei, daß viele AnlegerInnen zu komplexe und zu riskante Produkte gekauft haben. Hier passiert auf Europäischer Ebene erfreulicherweise einiges, um den Vertrieb diverser Finanzprodukte besser zu regulieren.



Institutionelle, insbesondere staatliche Investoren sollten besonderen Wert auf den Aspekt der Nachhaltigkeit legen, um die allgemeine Akzeptanz zu steigern.



In einem ersten Schritt muß bei der Aus- und Weiterbildung von AnlageberaterInnen angesetzt werden, um ihr Bewußtsein für nachhaltige Geldanlagen und Investmentprodukte zu stärken. Denn nur geschulte BeraterInnen können ihren KundInnen neben den klassischen Bewertungspunkten, auch den ökonomischen, sozialen bzw. ökologischen Nutzen von nachhaltigen Finanzprodukten in vertiefenden Gesprächen vermitteln.



Wichtig ist es Fragen der Nachhaltigkeit im politischen Diskussionsprozeß ständig zu einem fixen Bestandteil zu machen. Das führt zu einer gesellschaftlichen Bewußtseinssteigerung.



Wir sehen das nicht als primäre Aufgabe der Politik, würden aber sinnvolle Initiativen zu mehr Aufklärung unterstützen.

Unterstützung würde von NEOS auch kommen für Schritte, die den Langfristanleger gegenüber dem kurzfristig orientierten Spekulanten bevorzugen. Das bedeutet, daß wir über eine Wiedereinführung einer Spekulationsfrist diskutieren würden, allerdings dieses Mal mit einer längeren Behaltdauer, etwa 5 Jahre, nach der Kursgewinne steuerfrei wären.

7. PLANEN SIE MIT BLICK AUF NACHHALTIGKEIT ÄNDERUNGEN IM BEREICH DER BERATUNGSPFLICHT ODER BERATUNGSDOKUMENTATION?



/



/



Die Beratungspflicht ist wichtig, kann aber nur dann seine volle rechtliche Kraft entfalten, wenn auch eine entsprechende Beratungshaftung damit einhergeht. Die Beratungshaftung für Nachhaltigkeit wird rechtlich schwer faßbar sein. Abgesehen von der Schadenersatzfrage stehen die Grünen einer erweiterten Beratung im Sinne von nachhaltigen Produkten sehr offen gegenüber. Eine Beratungsdokumentation ist mit Sicherheit ein Aspekt, der zielführend ist. Die Dokumentation allein reicht jedoch nicht aus, wie wir auch aus vielen anderen Bereichen wissen.



/

Wir finden, daß wir zwar immer mehr Regeln und Papierkram zum angeblichen Kundenschutz zu beachten haben, das Geld des Kunden deswegen aber keineswegs sicherer oder besser angelegt ist. Jetzt verpflichtend noch mehr darauf zu türmen, halten wir nicht für sinnvoll.

8. WELCHE WEITERENTWICKLUNG PLANEN SIE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG VON FINANZMARKTAKTEUREN (ANBIETER, INVESTOREN) IN BEZUG AUF NACHHALTIGKEIT?



/



Da viele Investoren mit dem Aspekt der Nachhaltigkeit noch nicht vollständig vertraut sind und andererseits die nachhaltigen Auswirkungen einzelner Finanzprodukte nicht immer dokumentiert sind, ist ein Ausbau der Beratung sowie Dokumentation in diesem Bereich unumgänglich.



Die Nachhaltigkeitsberichte der großen Unternehmen sind oft so genannte Greenwashing-Aktionen ohne relevanten Niederschlag in der operativen Geschäftstätigkeit. Die Grünen treten dafür ein, daß Nachhaltigkeitsberichte keine PR-Aktionen sind, sondern tatsächlich überprüfbare Fakten enthalten müssen, für die Mindeststandards und Entwicklungsparameter festzusetzen sind.



/

Das überlassen wir grundsätzlich dem Markt. Allenfalls könnte man die Öko-Bilanz verpflichtend für größere Unternehmen bzw. eine Stellungnahme der Geschäftsführung zum Thema Nachhaltigkeit im Geschäftsbericht verlangen.

9. WELCHE MAßNAHMEN PLANEN SIE FÜR DIE BERUFSAUSBILDUNG UND AKADEMISCHE BILDUNG IM BEREICH FINANZEN IN BEZUG AUF NACHHALTIGKEITSASPEKTE?



/



Um die Ausbildung in diesem Bereich zu verbessern sowie das Bewußtsein für den Aspekt der Nachhaltigkeit zu schärfen, sind die Lehrpläne und Ausbildungsinhalte entsprechend zu gestalten.



Die konkreten Bildungsinhalte werden vom Unterrichtsministerium im Verordnungsweg festgelegt und dem Parlament nicht zur Abstimmung vorgelegt. Die Lehrpläne sind relativ allgemein gehalten. Das hat den Vorteil, daß auch neuere Entwicklungen und Theorien rasch in den Unterricht aufgenommen werden können und der Lehrplan nicht jährlich geändert werden muß. Eine allgemeine Formulierung der Bildungsinhalte ermöglicht auch eine breite Abdeckung unterschiedlicher Inhalte. So findet sich im Lehrplan der Handelsakademie bei den Bildungs- und Lehraufgaben zum Beispiel Folgendes: „sich der ethischen Verantwortung

in der globalen Wirtschaft bewußt sein“ sowie „Entwicklungstendenzen der heutigen Gesellschaft kennen, sozialkritisch, konsumkritisch und umweltbewußt handeln“. Der Basislehrstoff wird ohne Bezugnahme auf konkrete Theorien angeführt: „Grundbegriffe der Volkswirtschaft, Mikro- und Makroökonomie, Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsordnungen, Konjunktur- und Wirtschaftspolitik, Angebot und Nachfrage, Marktlehre, Preismechanismus und Preispolitik, Produktionsfaktoren.“

Eine allgemeine Formulierung der Bildungsziele in den Lehrplänen verlagert jedoch die Verantwortung für die Auswahl der konkreten Unterrichtsinhalte sehr stark auf die PädagogInnen. Denn sie wählen auch die Unterrichtsmaterialien und Lehrbücher aus. Aus unserer Sicht ist daher die verpflichtende gendersensible Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte der Schlüssel für einen geschlechtergerechten Unterricht. Die Verankerung von gendersensiblen Wirtschaftstheorien wäre unserer Ansicht nach im Rahmen der Studienpläne an den Universitäten, insbesondere in den Studienrichtungen Wirtschaftspädagogik, Volkswirtschaft sowie in der Studienrichtung Geographie und Wirtschaftskunde an den Universitäten sowie an den Pädagogischen Hochschulen sehr wichtig.

BZU

Wie schon bei den vorhergehenden Fragen erläutert, stellen wir uns ein Maßnahmenpaket vor, das sämtliche Bereiche, die von Fragen der Nachhaltigkeit bei der Geldanlage verbunden sind, regelt. Also von den Prospekten, den Geschäftsberichten bis hin zur Beratung und als Punkt der Ausbildung. Wobei für uns ein höheres Gewicht für Fragen der Finanzwirtschaft bereits in den höheren Schulen stattfinden sollte. Da es ja ein generelles Problem ist, daß in unseren Schulen wirtschaftliches Verständnis de facto gar nicht unterrichtet wird.

neos
DAS NEUE ÖSTERREICH

Siehe Frage 3.

NACHHALTIGKEIT UND ÖFFENTLICHE HAND

10. WELCHE MAßNAHMEN STELLEN SIE SICH FÜR DAS MANAGEMENT UND DIE VERWALTUNG VON ÖFFENTLICHEM VERMÖGEN UND VERMÖGEN VON UNTERNEHMEN DER ÖFFENTLICHEN HAND VOR, UM NACHHALTIGE ASPEKTE STÄRKER ZU BERÜCKSICHTIGEN?

SPÖ

Nachhaltigkeit ist ein unverzichtbares Ziel im öffentlichen Handeln.

FPO

/

Grüne

Die Grünen stehen für ein umfangreiches Spekulationsverbot ein. Gleichzeitig müssen ein modernes, transparentes und vergleichbares Haushaltswesen für alle Gebietskörperschaftsebenen gelten, damit dieses Spekulationsverbot auch nachvollzogen und geprüft werden kann. Durch eine Reduktion der Risiken erhöht sich dadurch automatisch die Nachhaltigkeit der Veranlagungen im öffentlichen Bereich.

BZU

Gerade der Verwaltung von Vermögen der öffentlichen Hand kommt eine große Vorbildwirkung im Hinblick auf Fragen abseits der Konzentration auf Renditen zu. Die Diskussion in Österreich über das Spekulationsverbot bietet die Möglichkeit Fragen der Nachhaltigkeit bei der Verwaltung von öffentlichem Vermögen zu implementieren.

neos
DAS NEUE ÖSTERREICH

Vorbildcharakter der öffentlichen Hand ist wichtig, daher soll von öffentlichen Gebäuden bis zur Veranlagung öffentlicher Gelder die Nachhaltigkeit forciert werden. Hier sollten die Vergaberichtlinien entsprechend angepaßt bzw. auch die betroffenen Behörden angehalten werden, speziell darüber zu berichten.

11. WELCHE EINSCHÄTZUNG HABEN SIE DAZU, DAß NACHHALTIGKEITSKRITERIEN BEI DER BEREITSTELLUNG VON STAATLICH GEFÖRDERTEN FINANZPRODUKTEN ZU INTEGRIEREN SIND?



Die Reparatur der Prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge sieht stärkere Transparenzverpflichtungen vor, da Produkte, die staatlich gefördert werden, besonderen Kriterien unterliegen sollen.



/



Die Grünen sprechen sich seit 2009 für eine gesetzliche Verpflichtung zu nachhaltig ethisch-ökologischen Investments für Veranlagungen in der 2. und 3. Pensionssäule sowie der Mitarbeitervorsorgekassen aus. Der Grünen treten aber grundsätzlich auch gegen eine steuerliche Förderung von Finanzprodukten ein.



/



Grundsätzlich halten wir staatliche Förderungen für Finanzprodukte nicht für besonders sinnvoll. Aber wenn es eine solche geben soll, dann könnte man Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen.

12. WELCHE VORSTELLUNGEN HABEN SIE ZU EINER STEUERLICHEN FÖRDERUNG VON NACHHALTIGEN GELDANLAGEN?



Einer steuerlichen Förderung nachhaltiger Geldanlagen, die in Grunde genommen ein "Zuckerl" für Finanzvermögen wäre, stehen wir skeptisch gegenüber.



/



Die Grünen lehnen eine steuerliche Förderung von Finanzprodukten ab. Wenn jedoch Bausparverträge, Lebensversicherungen, Wohnbauanleihen, private Pensionsvorsorge etc. steuerlich unterstützt wird, ist es nur allzu gerechtfertigt, auch steuerliche Verbesserungen für ethisches Investment im Einkommensteuergesetz zu verankern.

Die an sich grundsätzliche Ablehnung der steuerlichen Förderung von Finanzprodukten läßt jedoch dort Spielraum für steuerliche Förderungen, wo bestimmte in der Sache selbst liegende Umstände eine steuerliche Besserstellung angezeigt erscheinen lassen (etwa bei der Kapitalaufbringung für ökologisch besonders wichtige und nachhaltige Projekte).



/



Siehe Antwort 11.

13. WIE STEHEN SIE ZU EINER ÄNDERUNG DES GEMEINNÜTZIGKEITS-, BZW. STIFTUNGSRECHT HINSICHTLICH DER OPTION AUCH DIE FINANZANLAGE DEM GEMEINNÜTZIGEN BZW. STIFTUNGSZIEL KONGRUENT ZU GESTALTEN?



/



/



Die Grünen treten dafür ein, gemeinnützige Stiftungen zu fördern. Denn gerade in Österreich wird mit dem Stiftungsrecht beinahe ausschließlich die steuerlich bevorzugte Privatstiftung assoziiert. Der Gemeinnützigkeitsbegriff soll überarbeitet werden, damit die gemeinnützige Stiftung wie in den anderen europäischen Ländern einen entsprechenden Stellenwert bekommt.



Wir sind generell sehr vorsichtig, wenn es darum geht staatliche Förderungen zu gewähren, da damit der falsche Eindruck erweckt wird, als hätte der Staat Geldmittel, die nicht aus Steuern stammen. Zudem führen Förderungen in den meisten Fällen nicht zu nachhaltigen Veränderungen, sondern nach ihrem Auslaufen zu einem Rückfall in den vorherigen Zustand. Deshalb haben wir auch vorgeschlagen, ein umfassendes Maßnahmenpaket zu schnüren, das zu einem nachhaltigen Umdenken führt und das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge fördert.



Wir könnten uns damit anfreunden, daß Privatstiftungen einen Mindestanteil ihrer Ausschüttungen gemeinnützigen Zwecken widmen müssen.

Gemeinnützigen Stiftungen, die in Österreich nicht sehr bedeutend sind, in weiterem Detail vorzuschreiben, wie sie ihr Geld anzulegen haben, halten wir nicht für notwendig. Die Kongruenz sollten ihre Organe selber überprüfen bzw. herstellen.

14. WIE STEHEN SIE ZU EINEM VERBOT VON INVESTITION IN STREUMUNITION, WIE IN ANDEREN LÄNDERN GESETZLICH VERANKERT? SEHEN SIE HIER WEITERE INTERNATIONALE KONVENTIONEN DIE ENTSPRECHEND BERÜCKSICHTIGT WERDEN SOLLTEN?



Ein Verbot von Investition in Streumunition ist sinnvoll.



/



Ein Verbot von Investitionen in Streumunition ist eine geradezu zwangsläufige Konsequenz des Übereinkommens über Streumunition. Die Grünen treten daher auch konsequenterweise für ein gesetzliches Verbot von Investitionen in Streumunition ein.



Einem derartigen Verbot stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Wir geben allerdings zu bedenken, daß manche Finanzprodukte derart kompliziert sind, daß es sehr schwer kontrollierbar ist, ob diese Verbote auch eingehalten werden.



Ein Verbot halten wir für gut.

15. KÖNNEN SIE SICH IN ÖSTERREICH EINE INITIATIVE VERGLEICHBAR ZU DER „ABZOCKERINITIATIVE“ AUS DER SCHWEIZ VORSTELLEN?



Das Vergütungssystem für ManagerInnen muß Anreize für eine nachhaltige Unternehmensführung setzen. Die Sozialdemokratie hat 2012 schon ein Corporate Governance Paket durchgesetzt, das unter anderem eine Einzelveröffentlichung der Vorstandsgehälter, eine Cooling-Off-Phase und eine angemessene Vorstandsvergütung vorsieht.



/



Die so genannte "Abzockerinitiative" in der Schweiz entstand in Reaktion auf die exorbitant hohen Managergehälter großer Schweizer Unternehmen. Die Grünen unterstützen im Wesentlichen die Forderungen dieser Initiative. Denn exorbitant große Unterschiede zwischen den Gehältern von Mitarbeitern und Managern verschlechtern letztlich auch das soziale Klima. Die Grünen sprechen sich aber gegen ein undifferenziertes Bashing von Personen in Führungsfunktionen aus, das in der Schweiz im Rahmen dieser Initiative teilweise stattgefunden hat.



Auf jeden Fall. Gerade das Beispiel der Bankerboni zeigt ja sehr deutlich das Ungleichgewicht, in das wir geraten sind. Da werden einerseits staatliche Stützungsmittel in Anspruch genommen, andererseits auch weiterhin – völlig erfolgsunabhängig – Boni an die Manager ausgeschüttet. Das BZÖ hat diesbezüglich Anträge im Nationalrat eingebracht, die von den Regierungsparteien aber abgelehnt wurden.



Wir sind für eine EU-weite Lösung für solche Unternehmen bzw. Banken, die im öffentlichen Eigentum stehen bzw. von der öffentlichen Hand Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Ansonsten sehen wir Gehalts- und Bonusvereinbarungen als Teil der privaten Vertragsautonomie, wobei Aktionäre ein stärkeres Mitsprache- und Informationsrecht bekommen sollten.

DIE KOMPAKT-ANTWORT DER ÖVP



Nachhaltigkeit ist ein zentraler Grundsatz unserer Politik – der auch im Grundsatzprogramm der ÖVP aus dem Jahr 1995 formuliert wird. Wir wollen, dass jede Generation der nächsten Generation ein besseres Österreich hinterlässt. Dazu gehört unter anderem, dass wir ausgeglichen haushalten, den Schuldenberg abbauen, die Energieversorgung sicherstellen und gleichzeitig eine intakte Umwelt erhalten.

Für uns ist klar, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Politik- und Wirtschaftsbereichen zu berücksichtigen ist. Deshalb bekennt sich die ÖVP auch uneingeschränkt zum Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft, das wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderungen in Einklang bringt.

Notwendig für eine ökologisch verantwortbare Marktwirtschaft sind die Anerkennung der begrenzten Verfügbarkeit von Rohstoffen und Energieträgern, eine klare Zuordnung von Umwelt- und Folgekosten, eine Steuerpolitik, die nachhaltiges Wirtschaften belohnt und Energie- und Rohstoffverbrauch belastet, sowie im Bedarfsfall auch Verbote von gesundheits- und umweltschädlichen Produkten, wo die Instrumente des Marktes dafür nicht ausreichen.

In diesem Sinne ist uns auch ein nachhaltiger Finanzmarkt ein Anliegen. Zu diesem Zweck werden beispielsweise ethisch orientierte Projekte und Unternehmen im Finanzbereich, die Gewinne durch nachhaltige Investitionen erzielen, vom ÖVP-geführten Lebensministerium mit dem Österreichischen Umweltzeichen zertifiziert.

Grundsätzlich tritt die ÖVP für Eigenverantwortung und Wahlfreiheit ein. Individuelle Anlagestrategien sollten deshalb auch in der Verantwortung eines jeden einzelnen Anlegers liegen. Den Weg der Bewusstseinsbildung wollen wir auch in Zukunft konsequent weitergehen.

DIE KOMPAKT-ANTWORT DES TEAM STRONACH



Genauso wie Ihr Forum sind wir an nachhaltiger Politik besonders in den Bereichen Arbeitsplätze, Pensionen, Kaufkraft, Umwelt und Wirtschaftswachstum/Märkte interessiert. Die meisten der zuvor genannten Punkte bedingen aber:

- ein stabiles und unverfälschbares Währungssystem sowie,
- eine Einschränkung der staatlichen Verschuldungsmöglichkeiten.

Solange die Politik ohne Votum der Bürger

- dieselben verschulden kann,
- in ihrem Namen Haftungen und Garantien für andere Länder übernehmen kann,
- die Finanzsouveränität an nicht gewählte Organisationen (EZB, IWF) und Agenturen/Strukturen (ESM) abgeben kann,
- die Banken im „Too-big-to-fail“-Status belassen kann,
- hochriskantes, verantwortungsloses Handeln von (einzelnen) Banken mit Steuergeldern ausmerzen kann,

bleibt der Wunsch nach Nachhaltigkeit im Finanzsektor eher ein frommer.

Die genannten Grundprobleme im Euroraum sollten gelöst sein, damit darauf aufbauend mit der Nachhaltigkeit im Finanzsektor begonnen werden kann. Wir vom Team Stronach werden natürlich alles in unserer Macht stehende tun, um Veränderungen zu initiieren und damit jene Grundlagen zu schaffen, damit in Europa wieder gesunde und nachhaltige Bedingungen vorherrschen.

Das **Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG)**, der Fachverband für Nachhaltige Geldanlagen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, repräsentiert mehr als 180 Mitglieder, die sich für mehr Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft einsetzen. Dazu zählen Banken, Kapitalanlagegesellschaften, Rating-Agenturen, Finanzberater, wissenschaftliche Einrichtungen und Privatmitglieder. Das FNG fördert den Dialog und Informationsaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und setzt sich seit 2001 für verbesserte rechtliche und politische Rahmenbedingungen für nachhaltige Investments ein. Das FNG verleiht das Transparenzlogo für nachhaltige Publikumsfonds, gibt die FNG-Nachhaltigkeitsprofile und die FNG-Matrix heraus und ist Gründungsmitglied des europäischen Dachverbandes Eurosif.

Kontakt:

Mag. Wolfgang Pinner, stellvertretender Vorstandsvorsitzender und Leiter FNG Österreich: pinner@forum-ng.org

Claudia Tober, Geschäftsführerin FNG: tober@forum-ng.org

www.forum-ng.org

Die **Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT)** ist eine unabhängige Non-Profit-Organisation, die sich für eine nachhaltige Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft einsetzt. Als Plattform für nachhaltige Entwicklung vernetzt die ÖGUT rund 90 Organisationen und Institutionen aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Umwelt und entwickelt innovative Lösungen in den Themenfeldern Energie, Gender & Diversität, innovatives Bauen, Konsum & Lebensqualität, Partizipation und Ressourcen. Im Themenfeld Grünes Investment arbeitet die ÖGUT an der Stärkung und Gestaltung eines „nachhaltigen Finanzmarktes“. Die ÖGUT schafft Bewusstsein für Grüne Geldanlagen (z.B. www.gruenesgeld.at), führt die Nachhaltigkeitszertifizierung der betrieblichen Vorsorgekassen und Pensionskassen durch, erstellt Gutachten und schult Anlageberater in Richtung Nachhaltigkeit.

Kontakt:

Mag.^o Gerlinde Wimmer, Generalsekretärin ÖGUT: gerlinde.wimmer@oegut.at

www.oegut.at